

76 **1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

77 Linke Kommunalpolitik kann auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wichtige Impulse geben
78 und Weichen zum notwendigen Umsteuern stellen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen
79 fallen jedoch auf der Landes-, Bundes- und europapolitischen Ebene. Aber wir können den
80 kommunalpolitischen Handlungsspielraum nutzen, um in unserer Stadt andere politische
81 Entscheidungen zu treffen.

82 Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf um eine andere Verteilung des
83 gesellschaftlichen Reichtums, um gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten wird vor
84 allem durch die Erwerbstätigen selbst und ihre Gewerkschaften vorangetrieben.

85 Trotz des deutlichen Rückgangs bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen in Leipzig beeinträchtigen
86 Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeitarbeit die Einkommenssituation,
87 die materielle Absicherung und Lebensplanung der Betroffenen. Und dies schwächt auch die
88 Kaufkraft und das Steueraufkommen.

89 **1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre** 90 **Beschäftigung zurückdrängen**

91 Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu
92 reduzieren, kommt der Stadt Leipzig und ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere
93 Rolle zu. Zum einen für die dort Beschäftigten, zum anderen als wichtiger Auftraggeber im
94 regionalen Wirtschaftskreislauf kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren
95 Durchsetzung zu einem Kriterium machen.

96 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 97 • die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt,
98 auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- 99 • eine Tarifbindung, wo sie noch nicht existiert
- 100 • die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch
101 reguläre Arbeitsverhältnisse; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in
102 Vollzeitverhältnisse zu ermöglichen
- 103 • den Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den
104 kommunalen Gesellschaften
- 105 • die Bildung eines Ausbildungsverbands der Stadt, der kommunalen Eigenbetriebe und
106 Gesellschaften für die Ausbildung in Kammerberufen
- 107 • die Förderung der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen in der Stadt in der
108 Berufsausbildung
- 109 • Chancengleichheit bei der Vergabe von geeigneten Ausbildungsplätzen für Abgänger aller
110 Schulformen
- 111 • die Entwicklung eines Leipziger Gütesiegels „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den
112 Kammern und Gewerkschaften
- 113 • die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit
114 sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter
115 Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf
- 116 • die konsequente Nutzung von Mitteln aus dem Programm „JobPerspektive Sachsen“ für die
117 Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt

- 118 • die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrats in die Trägerversammlung des Jobcenters zur
119 stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld
- 120 • die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei
121 öffentlichen Aufträgen
- 122 • die Berücksichtigung sämtlicher Kosten während der kompletten Nutzungsdauer des
123 Produkts oder Dienstleistungen und die Verpflichtung der Bieterinnen und Bieter,
124 anerkannte Umwelt-Gütezeichen vorzulegen.

125 **1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen**

126 Wir wollen, dass die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit dazu dienen, die Teilhabe aller am
127 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und der Stadt die notwendigen Einnahmen für die
128 Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Dazu soll die eigene Wirtschaftskraft gestärkt
129 werden. Zu ihrer Zukunftsfähigkeit gehören qualifizierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung und
130 eine leistungsfähige Daseinsvorsorge ebenso wie die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung.

131 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 132 • die Entwicklung der Kooperation vor allem in der Region Leipzig-Halle-Jena-Gera und die
133 Stärkung dieser Metropolregion Mitteldeutschland
- 134 • eine Vereinbarung mit allen Beteiligten in der Region über gemeinsame ökologische und
135 soziale Kriterien z. B. bei künftigen Neuansiedlungen
- 136 • die regelmäßige Überprüfung der bisher praktizierten Netzwerk-Strategie (Cluster),
137 insbesondere unter dem Aspekt, was sie zur Stärkung lokal und regional verankerter
138 Unternehmen und Betriebe beiträgt
- 139 • mehr Theorie-Praxis-Vereinbarungen in den Clustern Energie und Umwelttechnik,
140 Gesundheitswirtschaft und Medien- und Kreativwirtschaft sowie zwischen
141 wissenschaftlichen Einrichtungen und ortsansässigen Betrieben, insbesondere kommunalen
142 Unternehmen
- 143 • die Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer, gestiftet mit Erlösen aus dem
144 Verkauf kommunaler Beteiligungen, die stärker ökologische und soziale Nachhaltigkeit der
145 geförderten Projekte zum Vergabekriterium machen sollte
- 146 • die gezielte Förderung neuer Betriebe, auch auf genossenschaftlicher Grundlage, durch
147 Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten
- 148 • die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen bei
149 Investitionen und Auftragsvergaben
- 150 • die Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert
151 werden, dass kleinere Betriebe nicht in Liquiditätsengpässe geraten
- 152 • die Unterstützung von Betriebsübernahmen vor allem im Handwerk durch fachlich geeignete
153 Nachwuchskräfte; notwendige Nachqualifizierungen werden durch die Wirtschaftsförderung
154 in Zusammenarbeit mit den Kammern gefördert
- 155 • die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Förderung von
156 Unternehmensansiedlungen
- 157 • die ausschließlich friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle und ein generelles
158 Nachtflugverbot.

159 **1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und**
160 **Daseinsvorsorge**

161 Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten einer zuverlässigen öffentlichen
162 Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Die in der kommunalen Management-Holding Leipziger
163 Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zusammengefassten drei Unternehmen Leipziger
164 Stadtwerke, Leipziger Verkehrsbetriebe und Leipziger Wasserwerke sowie die Leipziger
165 Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und die Stadtreinigung Leipzig ermöglichen auch für die Zukunft
166 Versorgungssicherheit in den Bereichen Wohnen, Energie, Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung und
167 Verkehr. Wir erwarten bei der Erfüllung dieser Aufgaben Ressourcenschonung durch Minimierung
168 von Rohstoff- und Energieeinsatz und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer
169 Energien.

170 Wir stehen deshalb weiterhin für den Erhalt und den Ausbau kommunalen Eigentums, der
171 öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge.

172 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 173 • die Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für
174 die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Abfalllogistik Leipzig
- 175 • Investitionen in die Infrastruktur der Stadt in öffentlicher Hand; Öffentlich-Private
176 Partnerschaften lehnen wir ab.

177 **1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten**

178 Untrennbar verknüpft mit der wachsenden Großstadt sind die von der Verwaltung bisher nicht
179 bezifferbaren finanziellen Herausforderungen, darunter der Abbau des milliarden schweren
180 Investitionsstaus. Dieser umfasst allein bei den Stadt-, Wasser - und Verkehrsbetrieben ein
181 geschätztes Volumen von 3,6 Mrd. Euro bis 2030. Nicht nur darum wird Leipzig seine Finanzpolitik
182 entscheidend ändern müssen. Ein weiterer Grund: zwar stiegen in den letzten Jahren (2012-2016)
183 die Steuereinnahmen um ca. 185 Mio. Euro auf ca. 604 Mio. Euro, allerdings wuchsen die
184 Aufwendungen im Vergleichszeitraum mit 265 Mio. Euro erheblich schneller. Damit wird Leipzig
185 auch in Zukunft von steigenden finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben.

186 Unverzichtbar sind deshalb radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaates Sachsen
187 an die Kommunen. Es ist z. B. nicht hinzunehmen, dass seit Jahren das Land die Fördermittel der
188 Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahverkehr
189 und für den Ausbau von Kindertagesstätten nur gekürzt an die Kommunen weiterreicht; in den
190 vergangenen Jahren wurden durchschnittlich weniger als 10 Prozent der Kitabauinvestitionen durch
191 Fördermittel abgedeckt. Leipzig muss alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, dass der Freistaat
192 auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und sich auch auf Kosten des
193 Haushaltes der Stadt saniert.

194 Sofern Bund und Land ihrer Aufgabe der ausreichenden Finanzierung der Kommunen weiterhin
195 nicht nachkommen, muss zugleich die Verwaltungsspitze ihre kurzsichtige Entschuldungspolitik
196 hinsichtlich der beschlossenen und künftig notwendigen Investitionen u.a. in Schulen, Kitas und
197 öffentlichen Nahverkehr aufgeben. Diese führte und führt zur Bevorzugung von Investorenmodellen
198 mit unkündbaren 25-jährigen Mietverträgen beispielsweise im Kitabau und damit zwangsläufig zu
199 Kosten bis in dreifacher Höhe im Vergleich zum Eigenbau. Hier fordern wir eine grundsätzliche
200 Kurskorrektur der Verwaltung für mehr Generationengerechtigkeit. Dabei ist besonders wichtig,
201 dass in der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen werden, nicht nur wie bisher jährliche
202 Investitionen in Höhe von etwa 180 Mio. Euro, sondern ein geplantes Investitionsvolumen von

203 durchschnittlich 250 Mill. Euro (Haushalt 2017/18) zuzüglich der nicht umgesetzten Investitionen
204 aus den Vorjahren in Höhe von 300 Mill. Euro zu realisieren. Dafür fordern wir ausreichendes
205 Personal und zukunftsfähige Strukturen. Nur so ist solide Haushaltspolitik möglich, an der wir auch
206 künftig festhalten.

207 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 208 • die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem
209 geltenden Grundsatz: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt,
210 ist diese von dort im vollen Umfang zu bezahlen
- 211 • eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürgerschaft, z.
212 B. durch Einführung eines tatsächlichen Bürgerhaushaltes
- 213 • den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren
214 Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- 215 • die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um
216 dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen
217 Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten
- 218 • den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen
219 Möglichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig
- 220 • eine Investitionspolitik und ihre Einzelmaßnahmen, die durch die notwendigen personellen
221 und strukturellen Voraussetzungen auch umgesetzt werden kann; das schließt verlässliche
222 Planzahlen für die Höhe der Investitionen ein.